Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 100 (2006)

Heft: 10-11: 100 Jahre Neue Wege

Artikel: Politisch-philosophische Tagebuchblätter

Autor: Künzli, Arnold

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-144611

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 17.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Politisch-philosophische Tagebuchblätter

Zum Jubiläum. Die lange Reihe der zunächst gelblichen, bald aber kraftvoll roten Neuen Wege in meiner Bibliothek, die ein ganzes Bücherregal beansprucht, wird eröffnet durch das Dezember-Heft 1965 des 59. Jahrgangs. Das Heft ist eine «Leonhard-Ragaz-Gedächtnisnummer». Es war also der Name Ragaz, der mich auf diese «Blätter für den Kampf der Zeit», wie sie sich damals im Untertitel nannten, aufmerksam gemacht hatte, ein Name, mit dem mich so manches verband, was mich als Zeitgenossen bewegte. Obgleich ich mit dem lieben Gott und den Religionen so meine Probleme habe, verband mich mit dieser Zeitschrift von Anfang an deren unbedingter Einsatz für eine an den demokratischen Bürger- und den universellen Menschenrechten orientierte Politik und Wirtschaft. Ich danke für die freundschaftliche Hospitalität, die meinen eigenen Gedanken von den Neuen Wegen immer wieder gewährt wurde. Mein ganz besonderer Dank aber gilt Willy Spieler. Seinem bewundernswert unermüdlichen Einsatz ist es zu verdanken, dass es die Neuen Wege überhaupt noch gibt. Und seine «Zeichen der Zeit» waren für mich – und sind es immer noch – in all den weltpolitischen Turbulenzen, die unsere Epoche in Atem halten, mit ihren sorgfältig fundierten Analysen des Zeitgeschehens und ihrer gediegenen Radikalität das Beste, was in unserem Lande - und darüber hinaus - jeweils zu den einzelnen Themen zu lesen war und ist. Herzliche Gratulation dem Geburtstagskind und – bitte weiter so. A.K.

«Links»

Bremgarten, Juli 2004 Flores d'Arcais, ein angesehener italienischer politischer Philosoph, schreibt in einem Aufsatz «Servitú ideologiche o Liberi valori»: «Man begeht durchaus keinen Willkürakt, wenn man den Begriff (links) als ein Kürzel für (Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit interpretiert.» Wenn unsere sozialdemokratischen Pragmatiker heute die Begriffe «rechts» und «links» gerne als überholt erklären und damit vor der normativen Macht des faktischen Neoliberalismus, lies Kapitalismus, kapitulieren, verraten sie das Erbe der Aufklärung. Ihnen hält der deutsche Politologe Gerd Mielke in der «Frankfurter Rundschau» (15.7.2004) entgegen: «¿Links› und ‹rechts› sind politische Richtungsbegriffe, die über die Iahrzehnte hinweg ihre ordnende Wirkung beibehalten haben. Sie gehören zum Kernbestand der europäischen Kultur.» Und in Norberto Bobbios – des kürzlich verstorbenen Nestors der italienischen politischen Philosophie - schmalem Büchlein «Rechts und Links» (1994) liest man, es genüge schon, «wenn man den Blick von der sozialen Frage innerhalb der einzelnen Staaten, aus denen im vergangenen Jahrhundert die Linke hervorgegangen ist, auf die internationale soziale Frage richtet, um sich darüber klar zu werden, dass die Linke ihren Weg nicht nur nicht zu Ende gegangen ist, sondern ihn überhaupt erst beginnt.» Das war dieses luziden Geistes Nekrolog auf den Tod der Sowjetunion, den die Kreuzritter des Neoliberalismus als den historischen Untergang der Linken feierten. Bobbio hielt ihnen entgegen: «Der historische Kommunismus ist gescheitert, doch die Herausforderung, die er dargestellt hat, ist geblieben.»

Damit auch die Herausforderung der Französischen Revolution. Da diese auf halbem Wege stecken geblieben ist und der Citoyen vor dem Bourgeois auf dem Kampffeld der Ökonomie kapitulieren musste – es war ja eine bürgerliche Re-

volution, eine des «tiers état», keine proletarische –, bleibt die Aufgabe, die sie sich mit dem Bekenntnis zu den Trikolore-Werten auf politischem Gebiet gestellt hatte, auf sozialökonomischem Gebiete unvollendet.

So ist man denn freudig überrascht, wenn ein Massenblatt wie die «Sonntags-Zeitung» plötzlich eine ganze Seite der Französischen Revolution widmet («Die französische Revolution», 18.7.2004). Aber die Revolution hat ihre Kleider gewechselt: Der Artikel handelt von zwei französischen «shooting stars der internationalen Designerszene», die «für einen japanischen Designer eine der erfolgreichsten Verpackungen entwickelt haben, die in den letzten Jahren auf den Markt kamen: die Parfumflasche für Eau d'Issey». Allons enfants de la patrie, le jour de l'emballage est arrivé...

Und auch diese postmoderne Französische Revolution ergreift ganz Europa, diesmal freilich von Deutschland aus: «In Wolfsburg präsentiert VW seine Produkte in sieben tempelartigen Pavillons, und der Mensch, der diese Bauten projektiert hat, Chefarchitekt Gunter Henn, erklärt unverhohlen: «Die Kirchen sind tot, der Staat zieht sich zurück, die Ideologien haben ihre Macht verloren. Was bleibt, sind die Unternehmen... Sie werden die Sinnstifter der Zukunft sein » (in einem Artikel von Ruth Schweikert in der WOZ, 15.7.2004).

Da kann man nur noch auf die Knie sinken und ein «VW unser» beten.

Marx und Kant

San Vittore, November 2004 Immanuel Kant: «Ein Mensch, der abhängt, ist nicht mehr ein Mensch; er ist nichts als ein Zubehör eines anderen Menschen.» Dieser Gedanke enthält die radikalste Kapitalismus-Kritik, die sich denken lässt. «Lohnabhängige» sind demnach für Kant keine Menschen mehr, da sie, so muss man Kant interpretieren, ihre Freiheit und ihre Mündigkeit, damit ihre Menschenwürde, verloren haben.

Sie sind aus autonomen Subjekten zu abhängigen Objekten geworden, aus Personen zu einem «Zubehör». Kant hatte zwar nur von Menschen gesprochen, die Abhängigkeitsverhältnisse schaffen, aber es gilt ebensogut von anderen denkbaren strukturellen Gewalten, eben auch vom «Kapital», das den Lohn auszahlt, von dem dessen Empfänger abhängig ist.

Unter «Kapitalismus» ist eine Wirtschaftsstruktur zu verstehen, deren Produktions- und Eigentumsverhältnisse privatisiert sind. Arbeit ist in dieser Struktur abhängig vom privaten Kapital. Was für eine Form dieses Kapital hat, ist belanglos, da es als privatisiertes dem Selbstbestimmungsrecht der Arbeitenden entzogen ist. Abhängigkeit ist Verweigerung des Selbstbestimmungsrechts. Somit Verweigerung einer demokratischen Willensbildung. Der «Citoyen» und der Mensch als «Zubehör» schliessen sich gegenseitig aus. Im kapitalistischen Wirtschaftssystem ist der Citoyen, der in der Politik über demokratische Rechte verfügt, abhängig vom Bourgeois, der - wie auch immer – über das Kapital verfügt. Seit Karl Marx, spätestens, sind das Binsenwahrheiten.

Kants Abhängigkeits-Begriff ist weitgehend identisch mit dem, was Marx unter Entfremdung verstand. «Arbeit» ist «unter den Voraussetzungen des Privateigentums Lebensentäusserung, ... mein Arbeiten ist nicht Leben» (von Marx hervorgehobenes Zitat aus den Kommentaren zu James Mills «Eléments d'économie politique»). Und wenn Marx in den «Pariser Manuskripten» von 1844 schreibt: «Der Arbeiter (im Kapitalismus - A.K.) ist zu einer Ware geworden», dann ist das nur eine ins Ökonomische gewendete andere Formulierung des Kantschen «Ein Mensch, der abhängt, ist nicht mehr ein Mensch.» Nach Marx: Der Arbeiter muss «seine Menschheit verkaufen». Marx nennt das «eine Verleugnung des Menschen», und er wollte wieder «den Menschen als Menschen» setzen.

Es wird eine Zeit kommen, in der man

wieder auf Marx zurückgreift. Nicht auf den, der eine Diktatur des Proletariats gepredigt und im Proletariat ein neues Volk Israel gesehen hat, das die Menschheit dorthin führen wird, wo Milch und Honig fliessen, wohl aber auf den hier zitierten *jungen Marx*, dessen philosophischer Ausgangspunkt die Entfremdung des Menschen in der Abhängigkeit vom privatisierten Kapital war.

«Assemblies of God»

Bremgarten, Juni 2005 Richard Rorty, Professor an der angesehenen Stanford University, gilt als einer der interessantesten Philosophen der USA, der sich bei uns in Europa vor allem auch deshalb einen Namen gemacht hat, weil er als aufgeschlossener, kritischer Liberaler sich immer wieder zu grundlegenden Fragen der Politik äussert. So hat die NZZ kürzlich einen Aufsatz von ihm über den Liberalismus als «Angelegenheit des Herzens» veröffentlicht (NZZ, 4.5.05), in dem Rorty besorgt feststellt, dass Amerika sich in den letzten fünfundzwanzig Jahren allmählich vom Liberalismus wegbewegt habe. Er beklagt die Indolenz der reich Gewordenen gegenüber den mannigfachen sozialen Problemen und stellt bei den Mittelschichten eine wohlbegründete Abstiegsangst fest, die zu einem Anstieg an Selbstsüchtigkeit und Hartherzigkeit geführt habe. Und dann folgt eine besonders interessante Passage:

«Dieses ständig zunehmende Gefühl der Unsicherheit ist ... auch verantwortlich für das erstaunliche Anwachsen der fundamentalistischen Kirchen wie der sogenannten Assemblies of God). Mitglieder dieser Kongregationen glauben, dass eine persönliche Beziehung zu Jesus weltlichen Erfolg garantiert. Christliche Fundamentalisten aus den Vorstädten bilden nun den wichtigsten Teil der Basis), auf deren Unterstützung Politiker der Republikaner sich verlassen können, wenn sie Regierungsbeihilfen für Arme beschneiden.»

Man hält es nicht für möglich: Jesus, der den Armen das Himmelreich versprochen hat, als ein religiöses Bankkonto, das garantiert hohe Zinsen abwirft. Die naive Selbstverständlichkeit einer Instrumentalisierung der christlichen Religion zum Schmieröl einer erfolgs- und geldgierigen Wettbewerbsgesellschaft lässt einen zur Bibel greifen, die diesen fundamentalistischen Super-Christen doch wohl bekannt sein dürfte, soweit sie des Lesens noch kundig sind. Doch hier ist offenbar von einem ganz anderen *Iesus* die Rede, liest man doch etwa im Markus-Evangelium, Jesus habe gesprochen: «Geh hin, verkaufe alles, was du hast, und gib's den Armen, so wirst du einen Schatz im Himmel haben» (10,21). Und das Matthäus-Evangelium bestätigt: «Ihr sollt euch nicht Schätze sammeln auf Erden... Denn wo dein Schatz ist, da ist auch dein Herz» (6,19). Beim Weiterlesen stösst man auf anrührende Geschichten wie die vom reichen Mann und dem armen Lazarus (Lukas 16,19) oder auf Jesu Mahnung an seine Jünger: «Es ist leichter, dass ein Kamel durch ein Nadelöhr gehe, als dass ein Reicher ins Reich Gottes komme» (Markus 10,25). Die selektive Wahrnehmung und die kognitive Dissonanz dieser amerikanischen Wallstreet-Christen ist schlechthin phänomenal. Die Umdeutung der Bibel in ein Lehrbuch für Managerkurse bestätigt die alte Erfahrung, dass für so manche etwas umso glaubwürdiger wird, je absurder es ist.

Wen wundert es da noch, dass in Elk River, einem Städtchen im Herzen von Minnesota, im Jahre 2003 eine Bank gegründet wurde, um «das christliche und finanzielle Wohlergehen unserer Anteilseigner zu mehren». Thomas Fischermann berichtete darüber im Wirtschaftsteil der «Zeit» (22.12. 2004): Im Geschäftsbericht dieser «Riverview Community Bank» sei davon die Rede, dass das Management das Christentum verbreiten wolle. Der Bankier als Seelsorger: Achtzig Menschen sind am Bank-

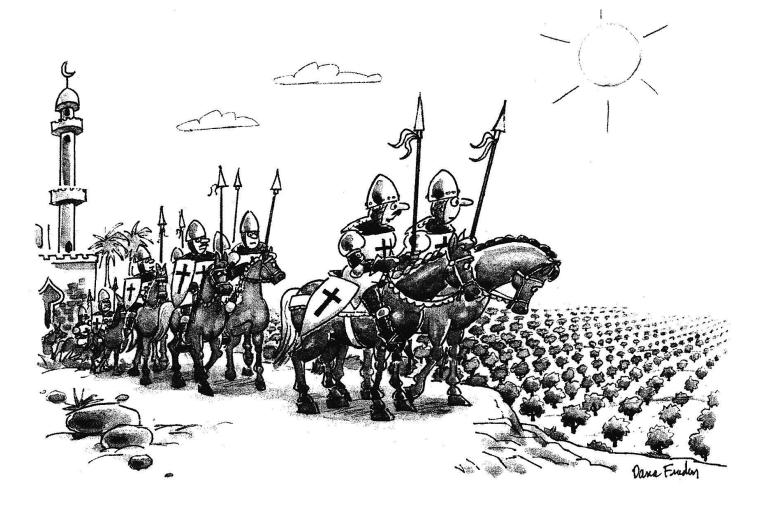
schalter bereits zum rechten Glauben bekehrt worden, und siebzig spontane Wunderheilungen habe es gegeben, allein durch ein Handauflegen des Bankgründers *Chuck Ripka*.

Dieser Bankier Gottes versteht sein Geschäft. Eine Kundin, die für den von ihr gewünschten Kredit keine Sicherheiten zu bieten hatte, wimmelte er am Telefon mit den Worten ab: «Ich kann ihnen im Augenblick nur den Segen Gottes anbieten. Kann ich gleich hier mit ihnen beten?» Zu Gott hat der tüchtige Christ - wie bekanntlich auch sein Präsident - einen direkten Draht. Wenn er Gott anruft, antwortet dieser «häufig direkt, manchmal mit ein paar Stunden Verzögerung». Am Tag, an dem Chuck Ripka seine Bank gründete, sprach Gott zu ihm: «Chuck, wenn du alles wie aufgetragen erledigst, kümmere ich mich um die Bilanzen.» Und Gott hielt Wort, das Bankgeschäft florierte, in zwei Jahren hat die Bank ihre Einlagen von 5,5 Millionen Dollar auf 73 Millionen gesteigert.

Das monetäre Wunder in Elk River weckte begreiflicherweise die Aufmerksamkeit der Christenheit. Der Ort sei, so berichtet die «Zeit», zu einer Anlaufstelle evangelistischer Bewegungen geworden: «Wie in einer Loge treffen wöchentlich die Priester der verschiedenen christlichen Kirchen, die wichtigsten Bankund Unternehmenschefs, Vertreter der Verwaltung und die Bürgermeisterin zusammen. Sie beten dann ... Etliche Bankangestellte, vom Kreditberater bis zum Schalterbeamten, beten regelmässig mit der Kundschaft.» Dazu der Bankdirektor Ripka: «Wir nehmen Gott nicht seinen Tempel weg. Es ist umgekehrt, wir laden Gott in unser Geschäft ein.» Vorbei die Zeiten, als ein Bert Brecht noch ausrufen konnte: «Was ist ein Bankraub gegen eine Bankgründung!»

Aber ist das nur eine besonders segensreiche Variante des so beispielhaften US-Christentums? In Italien gibt es eine Vatikan-Bank mit dem sakralen Namen: «Banca dello Santo Spirito», Bank des

«Ich sagʻs immer wieder – es geht nur ums Olivenoel!»



Heiligen Geistes. Das stört Papst Ratzinger nicht, hingegen wettert er gegen Kondome. Dass der Vatikan seine Finger in so manchen und gelegentlich recht dubiosen kapitalistischen Unternehmen hat, ist allgemein bekannt, und die zum Teil so erstaunlich fortschrittlichen päpstlichen Sozialenzykliken, die gelegentlich sogar bei Karl Marx und Erich Fromm – zwei Juden übrigens – Anleihen machen, werden jeweils von den vatikanischen Banquiers beim Eintritt in die Geschäftshallen an der Garderobe abgegeben.

Das religiöse Bedürfnis ist eine anthropologische Konstante, ebenso natürlich
auch das profane Interesse. Jenem geht
es idealtypisch um das Heil, diesem um
das Wohl. Die Einschränkung «idealtypisch» erweist sich als notwendig, weil in
der Realität unter dem Heil gelegentlich
höchst Unheilvolles und unter dem Wohl
nicht immer nur Wohltätiges verstanden
wird. Ins religiöse Bedürfnis mischen sich
immer auch höchst profane Interessen.
Solchen wird, um ihren Partikularismus
zu tarnen oder zu legitimieren, bewusst
oder unbewusst eine religiöse Weihe verliehen.

Der nie beizulegende Konflikt zwischen Ich, Es und Über-Ich, von denen keines je autonom sein und eine uneingeschränkte Herrschaft über die beiden anderen psychischen Entitäten ausüben kann, bestimmt auch das Verhältnis von religiösem Bedürfnis und profanen Interessen. Wann wird Gott zu Mammon, Mammon zu Gott? Mündigkeit erwiese sich dann als grösstmögliche Dominanz des Ich über das Es und das Über-Ich, eine Dominanz freilich, die als Bewusstsein die beiden anderen seelischen Entitäten nicht verdrängt, sondern zu integrieren sucht.

Zurück zu Chuck Ripka und seiner «Community Bank». In dieser Institution haben religiöses Bedürfnis und Business-Interesse eine mystische Hochzeit vollzogen. Die *Bank* ist zur Kirche geworden, die *Kirche* zur Bank, der Bankschalter

zum Beichtstuhl. Fehlt bloss noch der Weihrauch, doch zweifellos schwebt der Heilige Geist im Raum.

Man wundert sich nicht, dass diese neue, erfolgreiche Business-Religiosität erleuchtete Jünger findet, die für ihr Wachstum besorgt sind. Bereits ist ein Buch erschienen mit dem attraktiven Titel «God is my CEO»: Gott ist mein Chief Executive Officer. Herausgeber ist, was ich der «Repubblica» entnehme, eine «International Coalition of Workplace Ministries», deren Leader ein Os Hillmann ist. Dieser verkündet in einer Werbebroschüre: «God is raising up His army in the workplace today... I hope you will join me as we seek to learn together what it means to experience God at work.» Ohne «army» geht nichts in den USA, und man würde sich nicht wundern, wenn es hiesse «God is my colt». Gott militarisiert und kommerzialisiert, Amen.

Amerikanische Truppen im islamischen Irak haben – die «Repubblica» zeigte es im Bild – auf eine Kanone «New testament» gepinselt. Und bist du nicht willig, so brauch ich Gewalt: Das Evangelium wird den Irakern in die Häuser geschossen. In einem Pressebulletin der «Marines» wurde dieses Photo mit dem Kommentar gezeigt: «Das «Neue Testament» bereitet sich darauf vor, während eines Einsatzes (unserer Truppen – A.K.) als Vorreiter zu dienen.»

Amerika ist das Land der unbegrenzten Unmöglichkeiten.

«Entlassungsproduktivität»

Bremgarten, Februar 2006
Jeweils im Januar eines neuen Jahres erkürt eine Jury, die sich um den deutschen Sprachwissenschaftler Horst Dieter Schlosser gebildet hat, eine im vergangenen Jahr in der öffentlichen Diskussion häufig verwendete Begriffs-Neuheit zum «Unwort des Jahres». Die Liste der bisher zu Ehren gekommenen Unwörter ist beeindruckend. Einige Kostproben: «Ausländerfrei» (1991),

«Überfremdung» (1993), «Rentnerschwemme» (1996), «Sozialverträgliches Frühableben» (1998), «Kollateralschaden» (1999), «Ich-AG» (2002), «Humankapital» (2004). Diese Unwörter-Liste denunziert auf symbolische Weise den jeweils aktuellen Ungeist der Zeit. Das Unwort des Jahres übt so die Funktion eines «pars pro toto» aus. Es ist die (un)geistige Situation der Zeit, auf den Begriff gebracht. Das erhellt auf eine besonders eindrückliche Weise auch das Unwort des Jahres 2005: «Entlassungsproduktivität».

Professor Schlosser meinte in seiner Begründung der Wahl dieses Begriffs zum Unwort des Jahres, zwar habe der damalige SPD-Bundeskanzler Schröder schon 1998 gefordert, dieses Wort nicht mehr zu gebrauchen, aber in den Tarifverhandlungen des vergangenen Jahres 2005 sei von «Entlassungsproduktivität» mehr denn je die Rede gewesen. Wie ihm Studenten mitgeteilt hätten, werde das Wort mittlerweile auch im Studium der Betriebswirtschaftslehre verwendet. Das Unwort bezeichne «eine gleichbleibende, wenn nicht gar gestiegene Arbeits- und Produktionsleistung, nachdem zuvor für überflüssig gehaltene Mitarbeiter entlassen wurden». Damit verschleiere der Begriff die «meist übermässige Mehrbelastung derjenigen, die ihren Arbeitsplatz noch behalten konnten». Einige Manager würden in ihrer Wortwahl von Jahr zu Jahr zynischer.

Wer diesen abscheulichen Begriff kreiert hat, weiss ich nicht, aber es muss ein besonders sprachbegabter Mensch gewesen sein, fasst doch dieses eine Wort die ganze Amoralität, Inhumanität, Menschenverachtung der kapitalistischen Globalisierung mit ihrem Standortwettbewerb zusammen. Denn «Entlassungsproduktivität» bedeutet: Durch die Entlassung von Lohnabhängigen und die damit bezweckten Einsparungen senkt ein Unternehmen die Kosten seiner Produktion, erhöht so seine Produktionsleistung und bleibt auf dem globalisierten

Markt konkurrenzfähig. Das persönliche Schicksal der Entlassenen ist keine Grösse, die zu Buche schlägt. Ihnen bleibt bestenfalls das «Prinzip Hoffnung», die Wirtschaft hingegen wird geleitet vom «Prinzip Profit».

«Entlassungsproduktivität» – ein Zynismus sondergleichen. Die Theorie zur Praxis der «Entlassungsproduktivität» hat *Ulrich Pfeiffer*, «Unternehmensberater und Sprecher des Managerkreises der (sozialdemokratischen, A.K.) Friedrich Ebert Stiftung», wie er vorgestellt wird, in der «Zeit» geliefert. Man traut seinen Augen nicht, aber da steht es schon im Titel und Untertitel dieses Aufsatzes, man könnte es nicht treffender formulieren: «Gut rationalisiert. Manager ohne Moral? Von wegen: Die «Vernichtung»von Arbeitsplätzen ist seit 300 Jahren Voraussetzung unseres Wohlstands» (Die Zeit, 15.12.2005). Wegen «einiger die Optik störender Erscheinungsformen» würden «die agrarische und industrielle Revolution sowie die daraus resultierende menschliche Evolution verteufelt». Wirtschaftswachstum «und ständige «Vernichtung» ... von Arbeitsplätzen bleiben und sind die Grundlage einer gebildeteren, gesünderen, entspannteren und weniger ungleichen Gesellschaft, als sie je in der Geschichte möglich war.» Ja, «die Menschen in Deutschland brauchen für ihr Glück eine weitere (Vernichtung) von industriellen Arbeitsplätzen ... In diesem Entwicklungsprozess ist jeder wegrationalisierte Industriearbeitsplatz ein guter Arbeitsplatz». Die strukturelle Arbeitslosigkeit resultiert bloss «aus einem systematischen Versagen der Politik», obgleich dieser muntere Unternehmensberater selbst die Schaffung weiterer Arbeitsloser als systemnotwendig fordert: «Die Folgerung kann nur lauten, künftig rascher und drastischer zu rationalisieren, auch mit dem Ergebnis, dass die Gewinne ... steigen ... und die Zahl der Arbeitsplätze ... sinkt.»

Wie lautete doch das Unwort des Jahres?

Arnold Künzli ist emeritierter Professor für Philosophie der Politik an der Universität Basel. Dieses Jahr ist seine politische Lebensgeschichte im Chronos Verlag erschienen: Roger Sidler, Arnold Künzli. Kalter Krieg und «geistige Landesverteidigung» – eine Fallstudie.